

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 18. Januar 1989

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Adler (SPD)	11, 12	Jungmann (SPD)	41, 42
Amling (SPD)	38, 39	Kirschner (SPD)	34, 35
Baum (FDP)	17, 18	Kohn (FDP)	5, 6
Catenhusen (SPD)	15, 16	Leidinger (SPD)	47, 48
Diller (SPD)	23	Müller (Pleisweiler) (SPD)	52, 53
Eigen (CDU/CSU)	3, 4	Dr. Olderog (CDU/CSU)	32, 33
Fuchtel (CDU/CSU)	19, 20	Sellin (DIE GRÜNEN)	30, 31
Gansel (SPD)	40, 54	Dr. Sperling (SPD)	1, 2
Ganz (St. Wendel) (CDU/CSU)	13, 14	Stahl (Kempfen) (SPD)	21, 22
Geis (CDU/CSU)	49	Stiegler (SPD)	7, 8
Frau Dr. Götte (SPD)	43, 44	Frau Traupe (SPD)	36, 37
Haack (Extertal) (SPD)	9, 10	Weiß (Kaiserslautern) (CDU/CSU)	45, 46
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	28, 29	Dr. de With (SPD)	24, 25
Dr. Hirsch (FDP)	26, 27	Frau Würfel (FDP)	50, 51

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern.	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	10

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

1. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
Wie vereinbart sich die Aussage von Bundesminister Dr. Schneider vor dem Deutschen Bundestag am 8. Dezember 1988 (es kann davon doch gar keine Rede sein, daß ich nicht Jahr und Tag gefordert habe: Wir müssen zwischen 250 000 und 300 000 Wohnungen bauen) mit seiner Aussage in der „ZEIT“ vom 31. Juli 1987, daß ein jährlicher Bau von 200 000 bis 220 000 Wohnungen zur Bedarfsdeckung ausreicht?
2. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die irreführenden und widersprüchlichen Aussagen des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zum Wohnungsbedarf zu Irritation und damit indirekt zur Entwicklung der gegenwärtigen Mangelsituation beigetragen hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

3. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
Wie wird sich die Bundesregierung in Brüssel zu der Forderung verschiedener Mitgliedsländer verhalten, die Bezuschussung von Rindern ohne Bestandsobergrenze durchführen zu können, und wie verträgt sich das mit dem neuen Gesetz zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland?
4. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
Wird die Bundesregierung in Brüssel rechtzeitig darauf achten, daß die Rindfleischpolitik der Agrarkommission – die Intervention auf 200 000 Tonnen zu beschränken mit einem Ausschreibungsverfahren, aber gleichzeitig die Importe von Jungrindern und Gefrierfleisch erhöhen will – vernünftig geändert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

5. Abgeordneter
Kohn
(FDP)
Welche Entwicklungsmöglichkeiten für einen verbesserten kombinierten Ladungsverkehr gibt es, mit deren Verwirklichung eine erhebliche Steigerung dieser Verkehrsart erreicht werden kann („KLV 92“)?

6. Abgeordneter
Kohn
(FDP)
- Welche verkehrspolitischen Initiativen wird die Bundesregierung ergreifen, um vor dem Hintergrund der Liberalisierung und dem überdurchschnittlich stark wachsenden internationalen Güterverkehr einen attraktiven und bedarfsge rechten europaweiten kombinierten Ladungsverkehr zu verwirklichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

7. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Gespräche zwischen der Bundesregierung und der Regierung der CSSR über die Autobahnverbindung zwischen Nürnberg und Prag, und welche Zeitpläne sind zur Verwirklichung dieses Vorhabens in Aussicht genommen?
8. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie haben sich die politischen Beziehungen zur CSSR seit dem Besuch des Bundeskanzlers im vergangenen Jahr in Prag entwickelt, und was hat die für den Herbst 1988 verabredete Bestandsaufnahme über die Fortschritte in den einzelnen Politikbereichen ergeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

9. Abgeordneter
Haack
(Extertal)
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung Meldungen des Kölner Polizeipräsidenten vom 25. August und 29. September 1988, nach denen sich die Fälle einer unsachgemäßen Entsorgung von Altmedikamenten in letzter Zeit häufen?
10. Abgeordneter
Haack
(Extertal)
(SPD)
- Worin sieht die Bundesregierung den Mißbrauch von Altmedikamenten begründet, und welche gesetzlichen Regelungen erachtet sie als notwendig, um dieser Entwicklung vorzubeugen?
11. Abgeordnete
Frau
Adler
(SPD)
- Auf welche Ursachen führt die Bundesregierung die Untersuchungen unabhängiger wissenschaftlicher Stellen, die Kontamination von Halogen-Kohlenwasserstoffen in kommunalen und industriellen Klärschlämmen zurück?
12. Abgeordnete
Frau
Adler
(SPD)
- Mit welchen derartigen Stoffen und in welcher Konzentration sind die Klärschlämme kontaminiert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

13. Abgeordneter
Ganz
(St. Wendel)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Befürchtung vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Postgiroamtes Saarbrücken, daß in absehbarer Zeit wegen Änderungen im Buchungsverfahren ca. 300 bis 500 Dienstposten in Wegfall kommen?
14. Abgeordneter
Ganz
(St. Wendel)
(CDU/CSU)
- Wenn ja, in welchem Umfang und wo sollen diese Arbeitsplätze kompensiert werden?
15. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Hatte die Bundesregierung vor der Beförderung der Briefwurfsendungen der DVU-Liste D, die in dieser Woche in einer Millionenaufgabe Sendungen mit dem Vermerk „Erst Deutschland . . dann Europa“ und der Abbildung des Brandenburger Torres auf der Aufschriftenseite von der Deutschen Bundespost befördert wurden, Kenntnis, und warum sieht die Bundesregierung hierin keinen Verstoß gegen den § 13 Abs. 1 Nr. 3 der Postordnung?
16. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- War der Bundesregierung der Inhalt dieser Postwurfsendung bekannt, in der u. a. Asylbewerber pauschal als Scheinasylanten denunziert werden und mit der offensichtlich ausländerfeindliche Ressentiments befördert werden, und ist die Bundesregierung in solchen oder ähnlichen Fällen bereit, diese Sendungen von der Beförderung durch die Post auszuschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

17. Abgeordneter
Baum
(FDP)
- Wie steht die Bundesregierung zu Überlegungen, die Zeitschrift „Das Parlament“, die ja im wesentlichen über die Arbeit des Deutschen Bundestages berichtet, aus dem Bereich des Bundesministeriums des Innern herauszulösen und dem Deutschen Bundestag zuzuordnen?
18. Abgeordneter
Baum
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß die Unabhängigkeit der Redaktion durch ein Redaktionsstatut gestärkt und gesichert werden soll?
19. Abgeordneter
Fuchtel
(CDU/CSU)
- Wann wird der Referentenentwurf zur Anpassung der Beihilferegelungen für den öffentlichen Dienst an die im Gesundheits-Reformgesetz gefundenen Regelungen vorgelegt?

20. Abgeordneter
Fuchtel
(CDU/CSU)

Welche Gründe hat die Bundesregierung vorzutragen, um die Bürger davon zu überzeugen, daß es sich bei der unterschiedlichen Geschwindigkeit der Realisierung nicht um einen Akt von Beamtenlobbyismus handelt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

21. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)

Kann die Erstattung der Mehrwertsteuer bei Wareneinkäufen durch ausländische Besucher in der Bundesrepublik Deutschland in dem Sinne vereinheitlicht und rechtlich fixiert werden, daß die Erstattung des Mehrwertsteuerbetrages nach Prüfung durch den Zoll sofort in den jeweiligen Geschäften, vor allem auch bei Ladenketten, unmittelbar erfolgt und damit die Laufereien und Eingaben an die Zentralen sowie Wartezeiten und Ärger vermieden werden?

22. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)

Warum erfolgt die Erstattung der Mehrwertsteuer nicht direkt durch das zuständige Zollamt, vergleichbar der Praxis in den nordischen Ländern, und würde diese Form der Erstattung nicht eine erhebliche Entbürokratisierung und Vereinfachung des derzeit praktizierten Verfahrens bedeuten?

23. Abgeordneter
Diller
(SPD)

Welche Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten ergeben sich nach dem geplanten Abzug der 601. Tactical Control Squadron und der 612. Tactical Control Flight von der Prüm Air-Station und der Prüm-Housing für die dort beschäftigten deutschen Arbeitnehmer, die zum Teil seit Jahrzehnten bei den US-Streitkräften beschäftigt sind und mangels ziviler Angebote (Arbeitslosenquote z. Z. 11,5 v. H.) keine deutschen Arbeitsplätze in dieser Region finden können?

24. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)

Wie hat die Bundesregierung bisher im einzelnen auf die Hinweise der USA reagiert, Deutsche seien am Bau einer Chemiefabrik zur Herstellung von Giftgasen in Libyen beteiligt, beziehungsweise was hat sie veranlaßt?

25. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)

Wann und wie haben der Bundeskanzler bzw. Vertreter der Bundesregierung Kenntnis von einer eventuellen Beteiligung Deutscher am Bau einer Chemiefabrik zur Herstellung von Giftgasen in Libyen erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

26. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Ist der Bundesregierung die an sie gerichtete Aufforderung bekannt, die auf der 32. Sitzung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland am 14./15. Oktober 1988 beschlossen wurde, nämlich die strikte Unterbindung der Lieferung von militärischen und polizeilichen Rüstungs- und Ausrüstungsgütern nach Südafrika, wobei die schon geltenden gesetzlichen Vorschriften auch auf zivile Produkte angewendet werden sollten, die militärisch genutzt werden können, und die Verweigerung von Exportgenehmigungen für Güter von strategischer Bedeutung, die nach dem Außenwirtschaftsgesetz genehmigungspflichtig sind?
27. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um entweder allein oder gemeinsam mit anderen europäischen Ländern dieser Aufforderung zu entsprechen?
28. Abgeordnete
Frau Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Ist es zutreffend, daß das Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn „hoffnungslos überfordert“ ist (DIE ZEIT, Nr. 1, 1989), den legalen Export aus der Bundesrepublik Deutschland zu überwachen und illegalen Exporten rechtzeitig nachzugehen?
29. Abgeordnete
Frau Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Welche konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung personell und organisatorisch zu ergreifen, um den geäußerten Engpässen für eine ordnungsgemäße Sachbearbeitung und Abwicklung der Aufgaben dieses Amtes (DIE ZEIT, Nr. 1, 1989) Rechnung zu tragen?
30. Abgeordneter
Sellin
(DIE GRÜNEN)
- Begreift der Bundesminister für Wirtschaft die Fusionskontrolle als ein Instrument der Industriepolitik oder der Wettbewerbspolitik?
31. Abgeordneter
Sellin
(DIE GRÜNEN)
- Beurteilt der Bundesminister für Wirtschaft die beantragte Fusion von Daimler Benz und MBB beim Bundeskartellamt als von der Bundesregierung mit initiierten industriepolitischen Vorgang oder als wettbewerbspolitisch begrüßenswerten Vorgang?
32. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die seit dem 1. Januar 1988 in Dänemark eingeführte Arbeitsmarktabgabe, durch die Importe um 2,5 v. H. des Warenwertes verteuert und Exporte mit 2,5 v. H. subventioniert werden, zu einer schweren Benachteiligung exportorientierter deutscher Unternehmen führt, und hält die Bundesregierung eine solche Wettbewerbsverzerrung für vereinbar mit dem EG-Recht?

33. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen bzw. will die Bundesregierung ergreifen, um gegen diese dänische Regelung vorzugehen, und wird die Bundesregierung erforderlichenfalls bereit sein, ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof anzustrengen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

34. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die vom Ausschuß unabhängiger Sachverständiger der Europäischen Sozialcharta in seinem letzten Bericht (Conclusions X-2) festgestellten Verstöße zu beseitigen, die das in der Europäischen Sozialcharta garantierte Streikrecht sowie die Rechte ausländischer Arbeitnehmer (insbesondere das Recht auf Familienzusammenführung) betreffen?

35. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)

Wann gedenkt die Bundesregierung, die erforderlichen Schritte für die Anerkennung aller Bestimmungen der Europäischen Sozialcharta (die bereits von Italien, den Niederlanden und Spanien vollzogen worden ist) sowie des von ihr unterzeichneten Zusatzprotokolls zur Europäischen Sozialcharta einzuleiten?

36. Abgeordnete
Frau Traupe
(SPD)

In welchen Tageszeitungen hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die Anzeige „Glückauf“ am 29. Dezember 1988 geschaltet?

37. Abgeordnete
Frau Traupe
(SPD)

Was hat diese Anzeige zum Thema „Sicherung der Montan-Mitbestimmung“ gekostet?

38. Abgeordneter
Amling
(SPD)

Bietet die am 1. Januar d. J. in Kraft getretene und spätestens am 1. April wirksam werdende Neuregelung der studentischen Krankenversicherung die Möglichkeit, die Mitarbeit von Studentinnen und Studenten in Selbstverwaltungsgremien wenigstens im selben Umfang zu honorieren, wie das etwa beim BAföG der Fall ist, oder werden auch diese Studenten mit Erreichen der gesetzlich festgelegten Altersgrenze von 30 Jahren bzw. dem Überschreiten des 14. Fachsemesters unmittelbar vor die Wahl gestellt, entweder auf jeden Krankenversicherungsschutz zu verzichten oder dafür erheblich höhere Beiträge zu entrichten, und für wie hoch schätzt die Bundesregierung die auf Grund Studenten zukünftig gegebene Möglichkeit, sich von der Krankenversicherungspflicht befreien zu lassen, die auf die Sozialhilfeträger zukommenden finanziellen Mehrbelastungen ein?

39. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Sind auch Doktoranden, die älter als 30 Jahre sind oder sich in einem höheren als dem 14. Fachsemester befinden, zukünftig aus der „studentischen“ Krankenversicherung ausgeschlossen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

40. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die gegenwärtige Ausbildung irakischer Offiziersanwärter in der Flugzeug- und Raketentechnik an einer Hochschule der Bundeswehr unverzüglich abubrechen, oder beabsichtigt sie, solche Ausbildungsmöglichkeiten auch weiteren Staaten zur Verfügung zu stellen, die über chemische Waffen und die entsprechenden Trägersysteme verfügen wollen?
41. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Trifft die Behauptung des „Spiegel“ Nr. 52 vom 26. Dezember 1988, Seiten 57 und 58, zu, wonach der Parlamentarische Staatssekretär a. D. Würzbach während seiner Amtszeit einen Offizier seines Stabes beauftragt hat, den Kommissionsbericht für die Erneuerung und Belegung der CDU Schleswig-Holsteins zusammenzustellen und zu schreiben?
42. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Treffen andere Vorwürfe über den Einsatz von Flug- und Kraftfahrzeugen der Bundeswehr für private Zwecke und die Aneignung amtlicher Geschenke durch den ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretär zu?
43. Abgeordnete
**Frau
Dr. Götte**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung davon überzeugt, daß der US-Militärflugplatz Sembach/Pfalz für eine vorübergehende Stationierung von F 16-Kampfflugzeugen ohne Einschränkungen geeignet ist, obwohl die Rollbahn für schwere Jäger nur unzureichend dimensioniert ist und mit der Gemeinde Baalborn bewohntes Gebiet in der Einflugschneise, nur rund 500 Meter vom Flugplatz entfernt, beginnt?
44. Abgeordnete
**Frau
Dr. Götte**
(SPD)
- Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Bevölkerung in den Flugplatzrandgemeinden bislang nur unterdurchschnittlich unter Lärmbelastung zu leiden hat und ihr somit 40 zusätzliche Starts pro Tag durchaus für die Zeit vom 1. Mai bis 1. August 1989 zugemutet werden können, und kann die Bundesregierung bestätigen, daß seit 3. Januar 1989 der Flugplatz Sembach bereits von F 16-Maschinen angeflogen wird (siehe Frage 62, Drucksache 11/3793)?

45. Abgeordneter
Weiß
(Kaiserslautern)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Flugplatz Sembach, Landkreis Kaiserslautern, der wegen seiner Größe und seiner Lage zu den nahe umliegenden Gemeinden und der in 50 Meter Abstand vorbeiführenden und sehr stark befahrenen Bundesstraße 40 am schlechtesten geeignet ist, eine Staffel F 16 der Air Base Ramstein, Landkreis Kaiserslautern, die wegen Renovierungsarbeiten für vier Monate für den Flugbetrieb geschlossen werden muß, für diese Zeit aufzunehmen?
46. Abgeordneter
Weiß
(Kaiserslautern)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung wegen der nur bedingten Eignung des Flugplatzes Sembach bereit, mit den zuständigen Stellen der US-Luftwaffe Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, einen für die Staffel F 16 geeigneteren Flugplatz zu finden, oder hat sie bereits solche Verhandlungen geführt?
47. Abgeordneter
Leidinger
(SPD)
- Beinhalten die Abstimmungen der Flugrouten für den Fliegerhorst Erding und den neuen Flughafen München II, die im Vorfeld der Stationierungsplanung einer TORNADO-Staffel in Erding getroffen wurden, auch Abstimmungen über die Flughöhen der Flugzeuge, und trifft es zu, daß die Militärmaschinen dadurch gezwungen sind, den Fliegerhorst Erding in besonders geringer Höhe anzufliegen bzw. von dort abzufliegen?
48. Abgeordneter
Leidinger
(SPD)
- Wenn eine Erhöhung des Luftverkehrs einen verstärkten Koordinierungsbedarf und damit ein höheres Risiko beinhaltet, wie begründet die Bundesregierung dann, daß die Stationierung einer TORNADO-Staffel in Erding und die damit verbundenen zusätzlichen bzw. verstärkten Luftbewegungen keine erhöhte Kollisionsgefahr zwischen diesen und den Flugzeugen in bzw. aus Richtung Flughafen München II bedeuten würde?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

49. Abgeordneter
Geis
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse, auf Grund deren eine Schmerzempfindlichkeit des ungeborenen Kindes in und vor der 12. Schwangerschaftswoche ausgeschlossen werden kann?

50. Abgeordnete
**Frau
Würfel**
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich auf den Packungen mit Tabak zum Selberdrehen von Zigaretten lediglich die Bemerkung befindet, „Der Bundesminister: Rauchen gefährdet die Gesundheit“, daß jedoch die Angabe der Tabakmenge, deren Nikotingehalt äquivalent dem einer industriell hergestellten Zigarette ist, fehlt, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Informationsmangel?
51. Abgeordnete
**Frau
Würfel**
(FDP)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit die Raucher ihr Informationsbedürfnis stillen können und zwischen verschiedenen Tabakprodukten mit unterschiedlichen Teer- und Nikotingehalten wählen können?
52. Abgeordneter
**Müller
(Pleisweiler)**
(SPD)
- Wann wird nach Meinung der Bundesregierung das neue Weinrecht verabschiedet sein und damit Klarheit über die geplanten Hektarhöchstträge bestehen?
53. Abgeordneter
**Müller
(Pleisweiler)**
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung nicht für notwendig, daß die deutschen Winzer beim zur Zeit getätigten Rebenschnitt und ihren sonstigen Dispositionen wissen, mit welchen konkreten Produktionsziffern sie infolge der Neuregelung des Weinrechts zu rechnen haben, und welche Produktionsmengen pro Hektar sollen die Winzer in den verschiedenen Weinregionen der Bundesrepublik Deutschland einplanen?

Bonn, den 13. Januar 1989

Das zuständige Ressort stand bei Drucklegung noch nicht fest.

54. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Welche Informationen besitzt die Bundesregierung über die Beteiligung deutscher Staatsangehöriger und Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland an der Entwicklung, Herstellung und Wartung von Raketen und weitreichenden Flugzeugen in Staaten, die über Giftgas verfügen bzw. verfügen wollen, insbesondere im Irak und in Libyen?

